

Haushaltsrede
des Kreisstadtsmitgliedes
Udo Gabriel (PDS)

Anlage 5

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

zu der Haushaltssituation des Kreises Unna als fünfter Redner punktuell noch viel Neues beizutragen ist kaum möglich, also versuche ich es erst gar nicht und beschränke mich auf eine kurze Begründung, warum wir von der PDS dem Haushalt nicht zustimmen werden.

Anknüpfen möchte ich an meiner letzten Haushaltsrede, von der ich auch gerne etwas immer noch Wahres Ihnen nicht ersparen - und hier anführen werde.

Hier sind sämtliche Vertreter der schuldigen politischen Parteien anwesend, die am Gesamtdester unserer Haushaltes Anteil haben.



- Startschuss war die Abschaffung der Lohnsummensteuer 1980, die zur Entlastung von Konzernen und Banken führte und die Kommunalfinanzen erstmals spürbar kürzten.
- Die Abschaffung der Gewerbesteuer auf Kapital durch die CDU/CSU-FDP-Regierung hat die Gewerbesteuereinnahmen völlig abhängig von Konjunkturschwankungen gemacht. "Wenn die heimische Industrie hustet, bricht der Haushalt des Kreises zusammen."
- Im Zuge der sogenannten Globalisierung wuchsen die Möglichkeiten der Konzerne, Steuerzahlungen durch Gewinntransfers ins Ausland zu meiden. In der Bundesrepublik werden von gerade mal 5 % der Unternehmen 80 % der Gewerbesteuer gezahlt. Dieses Steuerschlupfloch ist katastrophal und gleichzeitig gewollt. Zugespißt formuliert: "Wer den Armen nichts nimmt, kann den Reichen nichts geben."
- Die Unternehmenssteuerreform von SPD-Bündnis 90 / Die Grünen hat weitere Steuerschlupflöcher wiederum insbesondere für Banken und Konzerne geschaffen. Die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder von 20 auf 26 % brachte weitere Einbrüche für die Kommunen.

Das hört sich böse und schmähend an, und das soll es auch! Aber ich schmähe nicht die Verwaltung und die redlichen Bemühungen derer in unserem Kreis, die trotz dieser widrigen Außenstände mit hohem Einsatz und Anstand das Schlimmste zu verhüten versuchen.

Noch gestern im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen wurde die Not durch Herrn Steffen klar angesprochen und anerkannt, aber gesund gebetet mit der Hoffnung auf Besserung am Arbeitsmarkt. Ich interpretiere es als den ehrlichen Glauben an das Gute in den Hartz-IV-Gesetzten. Doch mir fehlt der Glaube, denn wir leben unter der Diktatur und dem Terror der Ökonomie. Geld ist genug da, doch in den falschen Händen.

Die Bundeswehr soll für 113 Millionen Euro neue Waffensysteme erhalten und von einer Verteidigungsarmee umgestaltet werden zu einer Interventionsarmee. Gleichzeitig werden die Grenzen der alten Beistandszone der NATO aufgehoben und in den entlegendsten Winkeln der Welt wird mitgemischt, um Deutschland zu verteidigen. Doch dieses verteidigte Deutschland sind nicht wir, sondern die Herren Rogowski, Hundt und Co sowie ihre Sachwalter auf Regierungs- und anderen Banken.

Reichtum ist akzeptabel und wünschenswert, sowie jedem vergönnt. Inakzeptabel wird er erst, wenn der Reichtum der einen die Armut der anderen bedingt. Reichtum ist asozial, wenn er ein volkswirtschaftliches Problem wird.

In der Bundesrepublik wächst der Reichtum seit Jahren schneller als die Wirtschaft, aber noch schneller wachsen die Armut, die Arbeitslosigkeit und die Staatsverschuldung. Hier ruht auch die kommunale Misere!

Wir müssen in einer deutlichen Weise mit unserem Aufschrei nach Außen wirken, damit auch

klar wird, dass es Interessen gibt, die die öffentliche Verschuldung für den eigenen Reichtum benötigen. Das ist kein Anschlag auf die kommunalen Verantwortungsträger, sondern Rückenstärkung und ein Appell, die Belange vor Ort auch an die Spitzen Ihrer jeweiligen Parteien mit aller Vehemenz zurück zu werfen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.